Offenes Blatt

Informationen und Meinungen aus dem Kreisverband DIE LINKE. Schwerin
Oktober 2017

100 Tage Regierung Schwesig

KiföG-Änderung für neue Erzieherinnen-Ausbildung

Der Fachkräftemangel bei den Erzieherinnen und Erziehern ist längst überall angekommen, es ist höchste Zeit zu handeln. Die Landesregierung hat es versäumt, rechtzeitig entgegenzuwirken. Eine aktualisierte Ausbildungsplatzplanung liegt bis heute nicht vor. Unsere Vorschläge, wie dem Mangel begegnet werden kann, wurden in den Wind geschlagen. Auch die Praxisorientierte Ausbildung (PIA) wird an dem Fachkräftemangel nichts ändern. Die Ausbildung zum staatlich anerkannten Erzieher muss auch durch ein Entgelt endlich attraktiver werden.

Schulbauprogramm von 110 Millionen

Das Programm kann nur ein Anfang sein, den riesigen Sanierungsstau bei den Schulen aufzulösen. Der tatsächliche Bedarf liegt bei über einer Mrd. Euro. Schulträger brauchen vor allem endlich auch langfristige Sicherheit über ihre Schulstandorte. So lange sie nicht wissen, ob ihre Schulen angesichts der zahlreichen Irrwege in der Bildungspolitik bestehen bleiben, zögern sie auch bei den erforderlichen Sanierungen.

Kommissionsgründung für neues Vergabegesetz

Ein neues Vergabegesetz sollte längst auf dem Tisch liegen. Die Arbeitsgruppe ist eine Beruhigungspille und wurde lediglich verabreicht, weil sich die CDU in Sachen Zahlung von guten Löhnen querstellt und die SPD nicht den Mumm hat, eine sinnvolle Sache einfach mal durchzusetzen. Bereits heute liegt ein modernes Vergabegesetz meiner Fraktion vor, dem man nur zustimmen muss, damit sich was zum Besseren wendet.

10-Mio.-Programm für Digitalisierung

Mehr als Ankündigungen sind nicht bekannt. Im Haushalt für die Jahre 2018 und 2019 sind 1 Mio. Euro festgeschrieben. Alle dürfen gespannt sein, aus welcher Ecke die weitere Null gezaubert wird, wo doch angeblich die Kassen leer sind. Wichtig bei einem solchen Programm wäre, dass kleine Unternehmen sehr unkompliziert bei der Digitalisierung unterstützt werden können, ohne großen bürokratischen Zinnober.

Doppelhaushalt 2018/2019

Wir müssen feststellen: Der vorgelegte Doppelhaushalt versagt an entscheidenden Stellen. Statt zu klotzen, wird gekleckert. Aber Geiz ist nicht geil. Geiz ist eine der gefährlichsten Eigenschaften, denn er verhindert Entwicklung. Geiz verhindert Innovation und Fortschritt. Frau Schwesig sollte weniger auf Selbstdarstellung setzen und stattdessen mehr Initiative etwa für gute Löhne und die kostenfreie Kita an den Tag legen.

Förderung von Vorpommern

Demonstrativ wird die Symbolpolitik fortgesetzt, die mit dem extra Staatssekretär und einem Vorpommernfonds begann. Die Einsicht fehlt, dass die Folgen des Abbaus von Infrastruktur und die besondere Situation Vorpommerns bei Arbeitslosigkeit, Armut und Wirtschaftsentwicklung viel zu lange geleugnet wurden. Wir brauchen Taten statt Maskottchen – und das kostet Geld. Die Chance, mit dem Landeshaushalt Pflöcke einzuschlagen, verpasst die Ministerpräsidentin. Aus einem Viertel der Haushaltsreste wird ein Strategiefonds zusammengeschustert, der als Allheilmittel verkauft wird und eine ganze Reihe Mammutaufgaben lösen soll. Diese unsichere, nicht planbare Finanzierung ist unverantwortlich.

100 Tage Regierung Schwesig. Die Erfolge:

-
-
-
-
-
-

Einladung zum Kaffeeklatsch

15.11.2017 16.30 Uhr
im Bürgerbüro Martinstraße
Zu Gast: Willy Lauterbach und sein „Leben mit Büchern“

Geschafft und nun streiten?

Die Bundestagswahl ist vorbei. DIE LINKE konnte ihr Wahlergebnis um 0,6% verbessern. Wir konnten in Berlin vier Direktmandate sichern und erstmals in Sachsen ein Direktmandat in Leipzig gewinnen. Unsere beiden Ziele, drittstärkste politische Kraft zu werden und vor dem Komma eine „10“ zu haben, haben wir eindeutig verfehlt.

Bei dieser Wahl sind Union und SPD abgestraft worden, nicht DIE LINKE. Wir tragen auch keine Verantwortung für das Erstarken der AfD, dies liegt in der Verantwortung der bisherigen Regierungskoalition. Durch eine Politik der sozialen Unsicherheit hat die Große Koalition das Erstarken der AfD ermöglicht. Mit der AfD ist nun auch eine nationalkonservative Partei in das deutsche Parlament eingezogen. Damit wurde ein Stück europäische Normalität in der Bundesrepublik „nachgeholt“. Denn den Blick nach Europa gerichtet, müssen wir feststellen, die Luft wird dünn für linke Ideen. Ungarn, Polen, Österreich und die Türkei seien hier als Beispiele für rechte Regierungen genannt, deren gegen Europa gerichtete und nationalistische Politik kaum noch zu toppen ist. Von einer konstruktiven und weltoffenen Politik angesichts der weltweit wachsenden Flüchtlingsströme kann da keine Rede sein.

Vor diesem Hintergrund bewerte ich auch unser Wahlergebnis. Angesichts des Rechtsrucks in der Bundesrepublik ist es uns als LINKE gelungen, unsere Position im Parteiensystem der Bundesrepublik zu festigen und auszubauen.

Nun folgt leider das übliche Prozedere nach erfolgreichen Wahlen – der Streit. Für mich ist die Debatte um Sahra Wagenknecht unverständlich. Was unsere Vorsitzenden wollen, welches Ziel sie verfolgen, ist für mich nicht erkennbar. Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch haben einen guten Wahlkampf gemacht und nicht nur das. Als Doppelspitze der Fraktion und im Wahlkampf haben sie geschafft, was kaum einer für möglich hielt. Beide haben durch ihr gemeinsames Wirken erreicht, dass sich alle Flügel in dieser Partei aufgehoben fühlten. Die Vorsitzenden setzen diese Errungenschaft leichtfertig und ohne ersichtlichen Grund aufs Spiel. Natürlich sind Sahra Wagenknechts Positionen diskutabel. Aber ihr, als anerkannter Vertreterin des linken Flügels, die Verantwortlichkeit für einen Rechtsruck in der Partei zu unterstellen, ist mehr als nur daneben. So kritisch wie ich selbst die Äußerungen von Sahra sehe, so muss ich doch akzeptieren, dass die Situation in Europa so ist, wie oben beschrieben. Und ja, viele Menschen in der Bundesrepublik haben Angst, vor zu vielen Neubürgern. Unser Land allein kann objektiv nicht so viele Flüchtlinge aufnehmen, Europa könnte es. Und ja, mit unserer Forderung „Fluchtursachen bekämpfen“ haben wir Recht, aber in Europa haben rechte Kräfte das Sagen und die wollen Mauern, Abschottung und mit Waffen gesicherte Außengrenzen. Es ist und bleibt richtig, dass in einer gelebten Demokratie das Grundrecht auf Asyl ein universelles und uneingeschränkt geltendes Menschenrecht ist. Dies alles sind Realitäten, sie sind in sich widersprüchlich und es gibt keine einfache Antwort. Und das darf Sahra Wagenknecht in einer pluralistischen Partei nicht ungestraft sagen? Unsere Vorsitzenden sind auf einem Holzweg und sie müssen aufpassen, dass sie die einzige linke Kraft im Bundestag nicht in ihre Einzelteile zerlegen. Das Gegenteil ist ihre Aufgabe. Ich kann nur hoffen, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst sind.

Aber zurück zur Wahl. In Mecklenburg-Vorpommern sind wir nach CDU und AfD drittstärkste Kraft geworden. Im Vergleich zur letzten Bundestagswahl ist dies ein Rückgang. Zusammen mit Sachsen-Anhalt haben wir mit 17,6% nach Berlin dennoch das beste Landesergebnis für die LINKE.

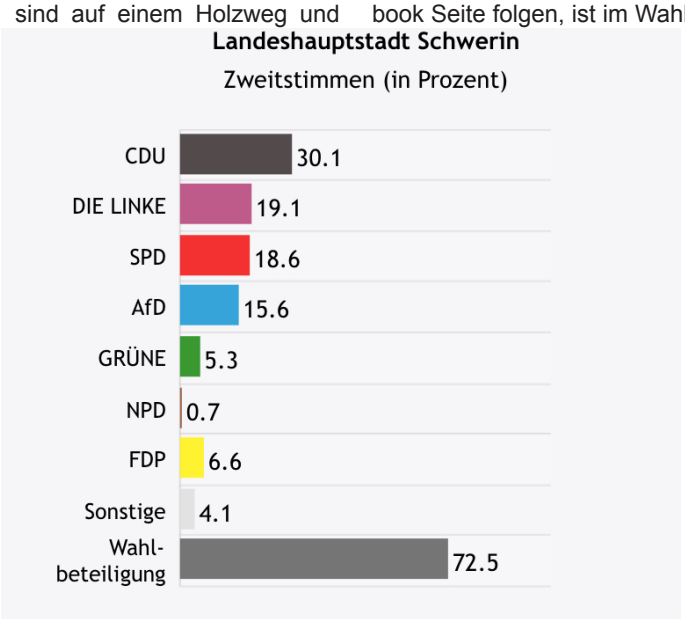
In unserem Bundestagswahlkreis ist es nicht gelungen, die SPD zu überrunden. Dafür könnten wir die AfD hinter uns lassen, so dass wir auch hier drittstärkste Kraft geworden sind. (2013 hatten wir 20,4% - Verlust von 3,7%)

Schauen wir nach Schwerin. Dort sind wir nach der CDU zweitstärkste politische Kraft. (2013 hatten wir 22,2% der Stimmen macht einen Verlust von 3,1%.)

Im Erststimmenbereich ist es uns mit André sogar gelungen, 1,1% mehr Stimmen als Zweitstimmen zu holen. Ein Beleg dafür, dass es sich lohnt für und mit einem jungen und nicht so bekannten Menschen Wahlkampf zu machen. Ihm gilt ein großes Dankeschön. Er hat einen engagierten Wahlkampf geführt und es geschafft, insbesondere junge Menschen anzusprechen. Die Zahl derer, die unserer Facebook Seite folgen, ist im Wahlkampf geradezu in die Höhe geschnellt.

Bei allem Positiven das ich dem Wahlergebnis abringen kann, bleiben trotzdem Fragen. Warum haben wir im Osten so deutlich verloren? Warum lastete die Arbeit in Schwerin auf so wenigen Schultern? Wie befähigen wir unsere Ortsverbände zu mehr Aktivitäten? Wie kann es uns gelingen, unsere großen Verluste im Mueßer Holz, in Neu Zippendorf auf dem Großen Dreesch und in Lankow zu kompensieren? Einen ersten Versuch der Analyse werden wir auf der Gesamtmitgliederversammlung im Oktober vornehmen. Gemeinsam mit den Vorständen der Ortsverbände sollte der Kreisvorstand Schlussfolgerungen ziehen und der nächsten Gesamtmitgliederversammlung hier einen entsprechenden Beschlussvorschlag vorlegen. Schnellschüsse sind hier aus meiner Sicht nicht gefragt. Auch wenn gleichzeitig die Vorbereitungen für die Kommunalwahl anlaufen müssen, so sollten wir uns die Zeit nehmen, das Wahlergebnis zu diskutieren und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen. Das alles geht am besten ohne Streit und Schuldzuweisungen, bei uns in der Stadt wie auch auf Bundesebene.

Peter Brill
Kreisvorsitzender



Impressum
„Offenes Blatt“ wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.
Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin, Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de, Internet: www.die-linke-schwerin.de
Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.
V.i.S.d.P.: Peter Brill
nächste Ausgabe: 01:12.2017

Thesen zu den politischen Schwerpunkten der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

1. DIE LINKE ist DIE soziale Opposition im Deutschen Bundestag. Wir kämpfen für die Wiederherstellung von sozialer Sicherheit und für eine friedliche Außenpolitik. Wir stehen an der Seite von Beschäftigten, Rentnern, Auszubildenden, Schülern und Studierenden, deren Interessen von der herrschenden Politik ignoriert und von denen immer mehr trotz Wirtschaftswachstum vom Wohlstand abgekoppelt werden. Es geht in den nächsten Jahren darum, parlamentarisch und außerparlamentarisch Widerstand gegen die weitere Umverteilung von unten nach oben zu organisieren. Denn obwohl seit Ende der 1990er Jahre die Einkommen für 40 Prozent der Bevölkerung in Deutschland gesunken sind, wird eine Schwarze Ampel aus CDU/CSU, FDP und Grünen diese fatale Politik der letzten Regierungen fortsetzen.

2. Wir wollen eine Initiative für die Herstellung einer soliden Arbeitslosenversicherung, damit Arbeitslose auch nach zwölf Monaten vor dem sozialen Abstieg, Dequalifizierung und Enteignung geschützt sind. Die Reform der Arbeitslosenversicherung ist für uns unverzichtbarer Bestandteil „guter Arbeit“, für die endlich wieder die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Auch die Pflegeversicherung wollen wir reformieren, damit die Pflegebedürftigkeit eines Angehörigen nicht dazu führt, dass Familien in soziale Not geraten und enteignet werden.

3. Wir stehen an der Seite der Menschen in Deutschland, die durch ihre Arbeit den immer ungleicher verteilten Reichtum in Deutschland schaffen. Höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich schaffen eine bessere Beteiligung breiter Schichten am Wohlstand und verringern das Risiko von Altersarmut. Statt einer immer brutaleren Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter brauchen wir eine Stärkung der Gewerkschaften und einen größeren Geltungsbereich von Tarifverträgen. Und wir brauchen ein Verbot von Leiharbeit und sachgrundlosen Befristungen. Wer einen Vollzeitjob ausübt, darf nicht zum Bittsteller werden müssen – weder im Berufsleben noch später in der Rente.

4. DIE LINKE will Industriearbeitsplätze schützen und neue schaffen. Um das zu erreichen, fordern wir mehr Mitbestimmung der Belegschaften und auch andere Eigentumsformen an zentralen Industriebetrieben. Zum Schutz vor Massenentlassungen wird DIE LINKE eine Initiative ergreifen, die einen gesetzlichen Schutz von Arbeitsplätzen vor den Profitmaximierungsstrategien des Kapitals vorsieht. Die Menschen müssen wieder die Erfahrung machen, dass sie und nicht der Profit im Mittelpunkt der Politik stehen.

5. Armut wird für immer größere Teile der Bevölkerung zu einem alltäglichen Problem, ob Armut trotz Arbeit, Kinderarmut, Altersarmut, Frauenarmut und viele Erscheinungsformen mehr. DIE LINKE im Deutschen Bundestag steht für die konsequente Bekämpfung aller Formen von Armut. In unserem parlamentarischen Wirken bildet dieses Themenfeld daher ebenso wie in der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften einen Schwerpunkt. Wir arbeiten weiter an unseren Konzepten für eine armutsfeste und lebensstandardsichernde Rente und für eine Kindergrundsicherung.

6. Unter der Schwarzen Ampel unter Beteiligung der FDP droht eine noch unsozialere Steuerpolitik, das heißt eine Steuersenkung für Wohlhabende zu Lasten der Sozialausgaben. Wir werden zeigen, dass diese unsoziale Politik nicht alternativlos ist und die Initiative für eine Vermögenssteuer als Millionärssteuer ergreifen. Wir werden weiter deutlich machen, dass wir die wirklich Reichen in diesem Land zur Finanzierung des Sozialwesens heranziehen und kleine und mittlere Einkommen entlasten wollen. Wir haben ein linkes Steuerkonzept vorgelegt und setzen die Arbeit daran fort.

7. Wir setzen uns weiter für einen sozial-ökologischen Umbau ein. Wir werden genau darauf achten, wieviel Grün am Ende in der Schwarzen Ampel steckt und enttäuschte Grün-Wähler dazu einladen, das nächste Mal DIE LINKE zu wählen.

8. Auch die Aufrüstung, die von der Großen Koalition auf den Weg gebracht wurde, droht die Schwarze Ampel fortzusetzen. Das ist verantwortungslos. Aufrüstung gefährdet den Frieden in Europa und Interventionskriege schaffen Leid und Fluchtursachen. Deshalb wird DIE LINKE im Bundestag deutlich für konkrete Abrüstungsschritte, für ein Verbot von Rüstungsexporten und ein Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr sowie für den Abzug der US-Atomwaffen und den Ausstieg aus den militärischen Strukturen der NATO werben. Wir werden erkennbar mehr Sozialstaat statt Aufrüstung fordern.

9. Wir werden die Initiative für eine neue Entspannungs- und Ostpolitik ergreifen. Der neue Kalte Krieg gegen Russland muss beendet und die Sanktionen aufgehoben werden. Sicherheit in Europa kann es nur mit und nicht gegen Russland geben. Und gegenüber dem Erdogan-Regime, das Oppositionelle, darunter auch Deutsche, willkürlich in Geiselhaft nimmt, werden wir auf eine wirkliche Neuausrichtung der Türkeipolitik pochen. Außerdem werden wir die neue Bundesregierung dazu drängen, dass sie an islamistische Diktaturen wie Saudi-Arabien, die Arabischen Emirate oder Katar keine Waffenlieferungen mehr zulässt, auch damit diese Länder zu einem Stopp ihres mörderischen Krieges im Jemen gezwungen werden.

10. Wir werden Ostdeutschland und strukturschwache Regionen in Westdeutschland zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit machen. Die Diskriminierung bei Löhnen und Renten in den ostdeutschen Bundesländern muss endlich ein Ende haben. Wir brauchen einen Ausbau der Strukturhilfen für Regionen, die wirtschaftlich und sozial abgehängt sind.

Die signifikanten politischen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die unter anderem durch das Ergebnis der Bundestagswahl deutlich werden, sind für uns Anlass, uns grundlegend und nachhaltig der Frage zuzuwenden, welchen Beitrag linke Politik unter den neuen Bedingungen leisten muss, den Vormarsch der Rechten in dieser Region zu stoppen, diese wieder zurück zu drängen und zu verhindern, dass die entsprechenden Entwicklungen für Gesamtdeutschland prägend werden.

Fortsetzung auf Seite 6

„Morgen früh wollen wir die Parteileitung hier nicht mehr sehen.“ Fortsetzung Interview mit Ulla Marek

Das Ende des ersten Teils unseres Interviews endete damit, dass du deine beiden Hauptaufgaben als Parteisekretärin des Bezirkskrankenhauses, Einsatz für das Wohl der Patienten und für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten, genannt hast, und ich meine Überraschung dazu äußerte. Ich war bisher der Meinung, die Hauptaufgaben der Parteisekretäre waren, die Parteibeschlüsse in den Betrieben und Institutionen und die, heute kritisch gesehene, „Führende Rolle der SED“ durchzusetzen. Ich würde gern, gerade für die jüngeren GenossInnen mehr über diese Zeit erfahren.

Damals waren die Parteigruppen der Werktätigen in den Betrieben organisiert. Tatsächlich habe ich die Aufgabe des Parteisekretärs gern gemacht, weil die Parteibeschlüsse eben die Sorge um die Menschen zum Inhalt hatten. Das Wesentliche meiner Arbeit war, mit den vorhandenen Möglichkeiten, das Bestmögliche für die Patienten und die Mitarbeiter zu erreichen. Und dass wir ein modernes und gut ausgerüstetes Bezirkskrankenhaus hatten, erleichterte die Arbeit sehr.

Zu mir konnte jeder kommen mit seinen Problemen. Meine Tür war immer offen, auch wenn es meinen Mitarbeiterinnen nicht immer recht war und sie auf ihre berechtigte Pause hinwiesen. Und während sich der Ärztliche Direktor das Essen auf sein Büro bringen ließ, nutzte ich die Gelegenheit der Mittagspause, mit Mitarbeitern ins Gespräch zu kommen.

Bei den Mitgliederversammlungen ging es bei uns offen und auch kritisch zu. Es wurden keine Probleme vertuscht. Einige Beispiele kann ich da nennen: Auf die Frage, die von mir schriftlich weitergeleitet wurde, warum Genosse Ziegner (1. Sekretär der SED-Bezirksleitung) ein teures französisches Auto fährt und keines aus unserer Produktion, kam als Antwort, dass er ein gepanzertes Fahrzeug braucht.

Als anlässlich einer Chefärzte-Dienstbesprechung die „rosarote“ Berichterstattung der SVZ kritisiert wurde, lud ich zur nächsten Versammlung den Chefredakteur der SVZ ein. Seine Begründung dafür war dann, dass der Klassenfeind die gleiche Sprache spricht wie wir und, dass wir ihm die Argumente gegen uns nicht in den Mund legen dürfen.

Als uns in einer Abteilung die Frage gestellt wurde, warum wir die Hühnereier für nur 1 Pfennig in die BRD verkaufen, kam der Wirtschaftssekretär des Rates der Stadt zu uns und erklärte, wer und mit welchen Druckmitteln uns die Handelspreise aufdrückt.

Das Problem fehlender Kindercordhosen wurde damit begründet, dass die nicht arbeitenden Frauen unserer Freunde, der Offiziere der Sowjetarmee, die Hosen tagsüber kaufen konnten und einen großen Teil davon auch in ihre Heimat verschickten. Da bekamen wir zu hören: „Das sind unsere Freunde. Denen können wir nicht vorschreiben, ihr kriegt nur eine Hose.“

Es gab da einen ganz üblen Spruch: „ Wir lassen keine Fehlerdiskussionen zu.“ Begründet wurde das damit, das in jeder Einrichtung Fehler gemacht, oder Planaufgaben nicht erfüllt wurden. Also sollte jeder die Ursache für Probleme zuerst bei sich selbst suchen. Damit wurde jeder Kritik der Wind aus den Segeln genommen.

Ein großes Problem in der DDR war auch eine immer größere Anzahl von Ausreiseanträgen. Seit wann nahmen diese zu und wie war der Umgang mit den Antragstellern?

In den 1980er Jahren stieg die Zahl immer mehr an. Besonders junge Leute wollten unser Land verlassen. Bei einer Beratung der Parteisekretäre bei der Kreisleitung, die alle vier Wochen stattfand, äußerte jemand: „Diese Antragsteller auf Ausreise, warum setzen wir die nicht alle in einen Bus und schicken sie rüber?“ Da hatte er ja was gefragt! Er ist knapp an einer Parteistrafe vorbeigeschrammt. Das durfte gar nicht erst diskutiert werden. Weißt du, wie wir mit ihnen umgehen mussten?

Also ich denke, sie wurden schikaniert und verloren zuerst ihren Arbeitsplatz.

Nein, sie wurden nicht entlassen, die Ärzte wurden um eine Stufe runter gesetzt, z.B. vom Oberarzt zum Stationsarzt. Wir hatten die Aufgabe, mit ihnen zu reden. Sie wurden „von vorn und von hinten bearbeitet“ in dem Sinne ‘Bitte bleibt doch!‘. Wir sollten sie in die Kollektivveranstaltungen einbeziehen, aber sie kamen nicht mehr dorthin. Wir mussten genau berichten: „Habt ihr mit euren Antragstellern gesprochen? Wer hat die Gespräche geführt? Wie oft wurden sie geführt?“ Das hat uns ziemlich angestunken. Es war schon schwierig und es war auf jeden Fall falsch, sie halten zu wollen. Kuba war da schlauer! In Absprache mit den USA wurden Ausreisewillige auf einer Liste erfasst und jährlich10.000 Personen die Einreise in die USA freigegeben.

Doch wenn wir gesagt hätten: „Wir machen das nicht mehr mit.“, dann wären wir geflogen und dann hätte es der Nächste gemacht. Ich weiß nicht… Ich habe mal eine Sekretärin gefragt, warum sie weg wollte. Sie sagte: ‘Weil ihre beiden Kinder wenigstens gesund leben und Obst und Gemüse essen können sollen.‘ Da antwortete ich: „Ich habe drei Kinder, die kriegen zwar nicht jeden Tag Bananen und Apfelsinen, aber gesundes Obst und Gemüse kriegen sie jeden Tag, denn das gab‘s rund um die Uhr. Aber das waren dann eben Äpfel, Birnen und Gemüse aus der Umgebung.“

Meiner Meinung nach wollten viele weg wegen der Demokratiedefizite und, weil sie sich eingeschränkt gefühlt haben.

Sicher auch, aber ich glaube, die meisten haben einfach das wunderschöne Paradies da drüben gesehen durch das Westfernsehen. Durch die große Ausreisewelle im Sommer 1989 wurde mir immer deutlicher, dass etwas grundsätzlich schief lief und viele Bürger mit der Politik nicht mehr einverstanden waren. In Berlin wurde jedoch festgehalten am alten Stil und wir an der Basis wurden vor immer größere Rätsel und Fragen gestellt, die wir nicht beantworten konnten.

Im Bezirkskrankenhaus wurde ein „Neues Forum“ gebildet, eine Gruppe von Mitarbeitern, die kritische Fragen an einer Wandzeitung angebracht haben. Wir haben uns dann bemüht, ehrliche Antworten darauf zu geben, ebenfalls an der Wandzeitung. Dann kamen Anfragen aus den Kollektiven, der Parteisekretär möchte bitte mal zu ihnen kommen und Fragen beantworten. Das habe ich, manchmal zusammen mit Vertretern der Kreisleitung, gemacht und versucht, die Fragen ehrlich zu beantworten.

Einmal berichtete ein junger Arzt, dass er am vorigen Tag bei einer Demo in Berlin war. Dabei wurden sie von der Polizei zusammengeschlagen und abtransportiert zu einem Verhör in einem Keller. Er sagte, er wäre dabei gewesen und fragte mich, was ich dazu sage. Das Schlimme war, dass ich nichts davon wusste, denn unsere Nachrichten haben nichts davon gebracht. Und ich habe mich darauf verlassen. Ich ging auch davon aus, dass ich wichtige Dinge wenigstens von meiner Kreisleitung erfahre. Ich konnte also nur sagen: „Ich kenne Sie nicht. Ich kann Ihnen nicht unterstellen, dass Sie nicht die Wahrheit sagen und wenn das so war, dann ist das schlimm und dann schäme ich mich für meine Partei.“ Und so ging das am laufenden Band.

Dann hat das „Neue Forum“ eine Mitarbeiterversammlung gefordert und ich habe mich dafür eingesetzt und geholfen es zu organisieren - gegen den Willen des Ärztlichen Direktors, der es einen Tag vorher absagen wollte. Damals habe

ich etwas gesagt, was ich vorher und nachher nie wieder gesagt habe: „Ich bin hier der Parteisekretär und du bist immer noch Mitglied der Parteileitung und ich sage, das Forum findet statt.“ Er bekam in der Versammlung tüchtig Kritik. Es wurde ihm vorgeworfen, dass er sich viele persönliche Vorteile angemaßt hat, die ihm nicht zustanden. Darüber hatte ich auch mit ihm gesprochen, aber er hat meine Einwände einfach weggewischt. Ich kam bei dieser und den folgenden Versammlungen ziemlich ungeschoren davon.

Wie ging es dir denn persönlich in dieser Zeit?

Mir ging‘s damals gesundheitlich so schlecht, dass ich wirklich ein paar Tage zu Hause bleiben musste. Das war die Zeit, als jeden Tag Parteiausweise auf meinen Tisch oder im Briefkasten landeten. Die meisten haben sich ja nicht getraut, mir den Austritt ins Gesicht zu sagen. Das war für mich die schlimmste Zeit in meinem Berufsleben. Nach 1 ½ Jahren wurde ich dann wegen einer Wirbelsäulenerkrankung (Morbus Bechterew) und chronischen Gleichgewichtsstörungen (Menier) invalidisiert.

Bei meiner letzten Chefärzte-Dienstberatung am 09. November 1989 habe ich eingestanden, dass die „Führende Rolle der Partei“ einer Bevormundung gleichkam, trotz aller Bemühungen, im Sinne des Sozialismus alle einzubeziehen. Am 04. Dezember 1989 kam das „Neue Forum“ und sagte: „Morgen früh wollen wir die Parteileitung hier nicht mehr sehen!“ Als sie am nächsten Morgen kamen, waren wir in die SED-Kreisleitung umgezogen. Wenn ich später ehemalige Mitarbeiter traf, hatten sie oft das Bedürfnis mir zu beschreiben, wie schlimm die Atmosphäre inzwischen in der Klinik geworden ist. Ein Arzt, der kein Freund der SED war, bot mir sogar Arbeit in meinem alten Beruf an. Überrascht hat mich auch, dass ich noch zu Weihnachtsfeiern der Rentner eingeladen wurde.

Durch deine Schilderungen wird deutlich, dass du versucht hast, an der Basis eine gute Arbeit zu leisten und dass du gern an diese Zeit zurück denkst. Fortsetzung folgt

Mit der Volkshochschule unterwegs

Ich hatte oft gehört, wie interessant doch die Weiterbildungsfahrten der Volkshochschule sind.Also suchte ich mir im Herbstprogramm eine Tagesfahrt aus. Und los gings. Auf dem Weg mit dem Reisebus nach Ahrenshoop wurden am Wismeraner Hafen frische Fischbrötchen für die Mittagspause an Bord genommen und frischer Kaffee angekündig. In Ahrenshoop angekommen, besuchten wir das Kunstmuseum. In einer Führung erhielten wir Einblicke in 125 Jahre Kunstgeschichte in Ahrenshoop und die benachbarten Ostseeregionen. In der Sonderausstellung überraschte uns“Ikamura und Nolde“. Der Neubau des Museums überzeugte architektonisch und klimatisch.Ab dem 14.10. kann man sich in der neuen Sonderaustellung unter dem Titel „Baumeister für die Kunst“ auch davon überzeugen.

Wir erkundeten bei bestem Wetter im Anschluss den Ahrenshooper Kunstpfad. An verschiedenen Orten werden die Gemälde der Ahrenshooper Künstlerkolonie an den Orginalschauplätzen präsentiert - seht interessante Sichtweisen. Unsere Reise ging dann nach Prerow auf die Spur der berühmten Darßer Haustüren. Der Tischlermeister erzählte uns in seiner Werkstadt wie sich die Tradition entwickelte und wie er sie weiter mit Leben erfüllt. Man kann die wunderschönen Türen jedenfalls an vielen Ecken entdecken.Und schon ging es zurück nach Hause. Es hat sich gelohnt auf Reisen zu gehen. Ich jedenfalls werde wieder dabei sein.

Angelika Gramkow

Bürgervorschlagsbox steht vor dem Stadthaus

Nun ist sie da, die Bürgervorschlagsbox. Jetzt gilt es, sie mit Kritik, Anregungen und Ideen zu füllen. Dafür einfach das Gesicht nach oben schieben und hinein mit der Post an den Oberbürgermeister. Der Dank für den Bau geht an die Schülerinnen und Schüler der Produktionsschule Prenzlau.

Kulturtipps

22.10. Herbstmarkt in der Schleifmühle, Kunsthandwerkermarkt und Mühlencafe

28.10. Kulturnacht in Schwerin 20 Kultur- und Kunststätten öffnen unter dem Motto“Einmal zahlen - alles erleben“ 18.00 Uhr 10 Euro (Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei)

4.11. 22. Schweriner Literaturtage Christiane Baumann liest aus ihrem Krimi „Die Tote im Pfaffenteich“ Aula der Volkshochschule 16.00 Uhr 8€/6€

9.11. Gedenkfeier Schlachtermarkt 18.00 Uhr

11.11. Eine Straße liest 2017 14-17 Uhr Münz/Puschkinstr. Gramkow liest aus „ Die Geschichte der Bienen“

10.-12-11. Martensmarkt

2.12. Bücherflohmarkt Schweriner Höfe 11-17.00 Uhr

Liebe Genossinnen und Genossen,

manchmal darf man auch auf Arbeit Dinge tun, die richtig Spaß und Freude machen. Dies ist so ein Augenblick, den ich gerne mit Euch teilen möchte. Vielleicht auch, trotz oder gerade wegen der nicht einfacher werdenden politischen Verhältnisse in unserem Land und in einer immer komplizierter werdenden Welt.

Wir haben im Jahr 2017 im Kreisverband Schwerin eine Reihe von Neueintritten in unsere Partei DIE LINKE zu verzeichnen.

Auf diesem Wege also ein herzliches Willkommen für alle Neumitglieder, insbesondere für die Genossinnen Christine Ilic und Ellen Peter, die uns aktiv begleiten werden, im Kampf um eine bessere Welt, im Großen wie im Kleinen.

Ein erneutes Dankeschön an Genossin Daniela Filter, verantwortliches Kreisvorstandsmitglied für die Betreuung unserer neuen Mitglieder, die mit dafür sorgt, dass sich unsere neuen Mitstreiter und Mitstreiterinnen in unserem Kreisverband willkommen fühlen.

Peter Templin

11. Der globalisierte Kapitalismus schafft täglich immer weiter für immer mehr Menschen Fluchtursachen. Dazu zählen nicht nur Kriege und Bürgerkriege. Die kapitalistische Landnahme raubt Abermillionen Menschen die Grundlagen ihrer wirtschaftlichen Existenz und treibt sie in die Flucht in Richtung wirtschaftlich prosperierender Regionen. Diese Migrationsbewegungen sind mit einer Vielzahl tiefgreifender, für die Flüchtenden selbst oft genug lebensbedrohlicher Probleme verbunden. Ebenso sind die Gesellschaften, die das Ziel von Migrationsbewegungen sind, nicht selbstverständlich offen für Flüchtende. Unsere linke Haltung dazu hat auch in Deutschland bisher keine Mehrheit. Deshalb müssen wir uns intensiv mit Fragen der Einwanderung und der Integration auseinandersetzen, mit den grundsätzlichen und den alltäglichen Problemen und dementsprechende politische Angebote entwickeln. Der Kulturkampf der Rechten findet insbesondere auf diesem Gebiet statt. Deshalb ist unsere linke Antwort darauf entscheidend für die Richtung, in die sich die gesellschaftliche Wirklichkeit verändert.

12. Eine erfolgreiche Integration erfordert einen starken Sozialstaat. Die fahrlässige Integrationspolitik à la Merkel hat existierende soziale Probleme weiter verschärft und spaltet die Gesellschaft, indem sie die Kosten der Zuwanderung in Form zusätzlicher Lohn- und Wohnraumkonkurrenz vor allem den ohnehin Benachteiligten aufbürdet. Auch dadurch wurde ein Nährboden für Rassismus und die Erfolge der AfD geschaffen. Wir brauchen funktionierende Regularien, damit Flüchtlinge von Unternehmen nicht missbraucht werden können, um die Löhne zu drücken. Und der Staat steht in der Verantwortung, für genug Schulen, Lehrer und bezahlbare Wohnungen zu sorgen. Sozialabbau und Verunsicherung sind seit Jahrzehnten in nahezu allen Milieus eine Tatsache. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit dürfen wir diese Sachverhalte nicht ignorieren, insbesondere nicht die Angst vor jeglicher Form von Veränderung, die insbesondere in den Milieus der Modernisierungsverlierer immer mit erheblichen Lebensstandardverlusten einherging. Der Begriff der Weltoffenheit hat für einen ehemaligen Erasmus-Studenten, dem aufgrund hoher Qualifikation und fundierter Sprachkenntnisse ein globaler Arbeitsmarkt offensteht, einen ganz anderen Klang als für einen Arbeitslosen, der seinen Job vielleicht gerade durch eine Betriebsverlagerung in einen Billiglohnstandort oder den dank Entsenderichtlinie ermöglichten Einsatz untertariflich bezahlter Arbeitnehmer aus Osteuropa verloren hat. Wir müssen uns darauf konzentrieren, das Asylrecht gegen eine immer weitergehende Aushöhlung zu verteidigen und uns der integrationsfeindlichen Blockade des Familiennachzugs entgegenstellen. Das Asylrecht ist ein Grundrecht, das nicht angetastet werden darf. Darüber hinaus liegt unser Schwerpunkt auf der Hilfe vor Ort und der Bekämpfung von Fluchtursachen, wie unfaire Freihandelsabkommen, Interventionskriege und Waffenexporte.

13. Wir werden uns der rechten AfD im Bundestag entgegenstellen. Wer Hass auf Minderheiten und Flüchtlinge schürt, wird von uns konsequent bekämpft. Wir schlagen vor, in einer eigenen ressortübergreifenden Arbeitsgruppe Konzepte für passende gesellschaftliche Antworten zu entwickeln, die geeignet sind, die AfD zurückzudrängen. Und wir werden diese Konzepte in parlamentarischen Initiativen einbringen.

14. Demokratie muss als fundamentale Grundlage unserer Gesellschaft geschützt werden. Deshalb dürfen Nationalismus und religiöser Fundamentalismus in Deutschland nicht weiter staatlich gefördert werden. Mit Organisationen wie der DITIB, die vom türkischen Diktator Erdogan kontrolliert wird, darf es keine Zusammenarbeit geschweige denn finanzielle staatliche Zuschüsse geben.

Schlussfolgerungen:

Zur Durchsetzung unserer parlamentarischen Initiativen werden wir nach politischen Partnern suchen. Außerparlamentarisch setzen wir auf den Aufbau einer gesellschaftlichen Koalition zum Ausbau des Sozialstaats und einer friedlichen Außenpolitik. Dabei stehen wir an der Seite der Gewerkschaften, der Verbände und Initiativen, von denen einige bereits angekündigt haben, sich dem Sozialabbau einer schwarzen Ampel entgegenzustellen. Aber wir suchen auch parlamentarisch Bündnispartner für unsere Politik. Mit der AfD wird es keine Zusammenarbeit geben. Eine Kooperation mit der SPD schließen wir nicht aus. Wir werden genau beobachten, wie sich die SPD in der parlamentarischen Arbeit, zum Beispiel bei Anträgen zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung oder für einen Rüstungsstopp in die Länder des Nahen und Mittleren Ostens, verhält. Denn wir wissen, dass eine gespaltene demokratische Opposition weder einem weiteren Rechtsruck noch einer voraussehbar weiter und verschärft neoliberalen Regierungspolitik eine wählbare Alternative entgegensetzen kann. Der Einsatz für die Schaffung einer solchen wählbaren Alternative zu Neoliberalismus oder einem weiteren gesellschaftlichen Rechtsruck ist unsere historische Verantwortung.

Ohne eine Schärfung unseres sozialen Profils und eine konsequente friedenspolitische Orientierung werden zukünftig gute Wahlergebnisse für DIE LINKE und eine bessere gesellschaftliche Verankerung nicht möglich sein. Uns geht es um die Entstehung einer sozialen Bewegung zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter, Angestellten und Rentner, angelehnt an die Strategie von Jean-Luc Mélenchon in Frankreich oder auch Jeremy Corbyn in Großbritannien. Die Beendigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist unser Ziel, die freie Entwicklung des Einzelnen als Grundlage der freien Entwicklung Aller. Wir stehen für eine Politik für die Vielen, nicht für die Interessenvertretung einiger Weniger.

Die bisherigen Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, sind bei der Klausur in Potsdam in ihren Ämtern bestätigt worden. Sahra Wagenknecht erhielt 75 Prozent der Stimmen, Dietmar Bartsch 80 Prozent.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden Caren Lay (58 %) und Sevim Dagdelen (75 %) gewählt. Jan Korte, bislang stellvertretender Vorsitzender, übernimmt nach Wahl mit 81 Prozent der Stimmen das Amt des 1. Parlamentarischen Geschäftsführers.

Für ihre Kandidatur als Vizepräsidentin des Bundestags erhielt Petra Pau die Unterstützung von 94 Prozent der Fraktionsmitglieder. Pau ist seit 7. April 2006 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages.

Mit 77 Prozent der Stimmen ist am Mittwoch die aktuelle frauenpolitische Sprecherin der Fraktion Cornelia Möhring in ihrem Amt bestätigt worden.

Sabine Leidig wurde mit 56 Prozent der Stimmen zur Beauftragten für soziale Bewegungen ernannt.

Auch die Leiterinnen und Leiter der Arbeitskreise der Fraktion sind am Mittwoch gewählt worden:

AK I - Arbeitskreis Soziales, Gesundheit und Rente: Sabine Zimmermann (65 %)

AK II - Wirtschaft und Finanzen: Klaus Ernst (65 %)

AK III - Infrastruktur und Haushalt: Gesine Lötzsch (78 %)

AK IV - Bildung, Wissen und Kultur: Petra Sitte (71 %)

AK V - Inneres: André Hahn (83 %)

Kaffeeklatsch

Zum Kaffeeklatsch mit Henning Foerster lud Angelika Gramkow am 11.10. ein. Neben Politik ging es diesmal vor allem darum,
etwas über den Menschen hinter dem Politiker zu erfahren. Da gab es
Lustiges und Nachdenkliches. Fußball, Journalismus, Eisenbahn und
Gewerkschaft, die Bandbreite der Themen war groß.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Im Rahmen der Schweriner Literaturtage Lesung und Gespräch mit Anja Schindler
Am 25.10. Schwerin, 19.30 Uhr
Schleswig-Holstein-Haus, Puschkinstr. 12
„...verhaftet und erschossen“

Eine Familie zwischen Stalins Terror und Hitlers Krieg

Nach über 50 Jahren kehrte Anja Schindler in jene Stadt zurück, in der sie 1949 geboren wurde: „Karaganda, einst ungewollte, ungeliebte Heimat hunderter Häftlinge und Verbannten, war für mich keinesfalls verbunden mit Arbeitslager, Hunger und Entbehrungen. Einst war diese Stadt ausschließlich der Platz meiner schönen Kindheit. Heute ist mir bewusst, dass dieser Ort für meine Eltern eine ganz andere Bedeutung hatte: Terror gegen deutsche Antifaschisten, die vor Hitler flohen und in der Sowjetunion verfolgt, deportiert und ermordet wurden.“ Der Aufenthalt in Dolinka, des Ortes, den die Autorin aus Erzählungen ihres Vaters kannte, sowie der Besuch des Kinderfriedhofes des ehe-maligen Frauenlagers waren nicht dazu angetan, vermeintlich schönen Kindheitserinnerungen nachzuhängen.
Anja Schindler, geb. 1949 in Karaganda/Kasachstan, dem Verbannungsort der Eltern, die, von den Nationalsozialisten verfolgt, in der Sowjetunion Opfer des Stalinschen Terrors wurden. 1956 durfte die Familie Kasachstan verlassen und in die DDR einreisen. Studium in Leipzig (Germanistik und Geschichte), tätig beim Fernsehen der DDR, später im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Als Autorin schreibt sie über deutsche Emigrantenschicksale, Regionalgeschichte und jüdische Lebensbilder in Deutschland.

Jörg Böhm

Unser neuer Lesekreis: DENKEN—FÜHLEN—VERSTEHEN

Er begann im Oktober 2017. Die nächsten Veranstaltungen finden am 06. November & 13. November 2017 und weiterhin wie bisher, jeweils am 1. und 2. Montag im Monat um 19.30 Uhr in der Projektwerkstatt „Buntes Q“, Lübecker Str. 180 in Schwerin, statt.

Worum geht es uns im neuen Lesekreis?

Das Versprechen des Kapitalismus, Wohlstand für alle zu schaffen, hat sich immer wieder als Mythos erwiesen. Einem rasanten technischen Fortschritt und der Vermehrung ungeheueren gesellschaftlichen Reichtums stehen immer prekärer werdende Lebensverhältnisse für viele gegenüber. In gleicher Weise setzen sich Macht und Herrschaft im Alltagsverstand der Menschen wie eine ewige Plage fort. Marx nennt es Klassenkampf, andere Weltbürgerkrieg.

Während die Einen, die Verhältnisse für scheinbar alternativlos haltend, ihr Glück („jeder kann es schaffen“) im alten Besitzindividualismus suchen, lässt sich für die Anderen das gute Leben nur in der Überwindung eben dieser Verhältnisse, also zukünftig, verwirklichen.

Beide eint im Hier und Jetzt angesichts der drohenden sozialen und ökologischen Folgen die Einsicht, dass es nicht so weitergehen kann, also im gemeinsamen Interesse nach Lösungen für die Zukunft gesucht werden muss. Dabei reicht es nicht aus, die (Un-) Verhältnisse nur zu skandalisieren. Damit das Gemeinsame gestaltend wirksam werden kann, gilt es u.E. vor allem jene Dynamik zu begreifen, in der sich die herrschende Rationalität in unserem eigenen Denken, Fühlen und Handeln als Standpunkt reproduziert.
Dazu sollen marxistisch inspirierte und andere wissenschaftliche Zugänge aus Ökonomie, Sozialpsychologie und Phänomenologie befragt werden.
Wer mit uns, ohne Angst vor Theorie, Lust auf Erkenntnis und (Selbst-) Veränderung hat, sei in unserem neuen Lese- und Diskussionskreis herzlich willkommen.

Dr. Jörg Schröder und Rainer Trotz

Herzlichen Glückwunsch

Der Ortsverband Mitte gratuliert nachträglich der Genossin Ilona Werner zum 54., der Genossin Anja Janker zum 41, und dem Genossen Horst Löffler zum 77. Geburtstag.

Der Ortsverband Mitte gratuliert weiterhin dem Genossen Michael Schmidt zu seinem 41. und dem Genossen Gunter Scharf zu seinem 63. Geburtstag, den sie noch im Monat Oktober begehen werden. Im Monat November feiern die Genossin Erika Sembritzki ihren 76., die Genossin Anni Hempelt ihren 84., der Genosse Frank Bossmann seinen 56.,die Genossin Brigitte Püschel ihren 66., der Genosse Kurt Brückner seinen 83. und die Genossin Brigitte Irens ihren 74. Geburtstag. Der Ortsverband Mitte wünscht ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit.

Genossin Adolfine Bergmann feierte am 1. Oktober ihren 91. Geburtstag und Genosse Fred Nitzke am 1. Oktober seinen 93. Geburtstag.

Die Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes Süd gratulieren ganz herzlich Genossin Anita Freyer zum 86., Genossen Helmut Kranz nachträglich zum 67., Genossin Ingrid Kratschke zum 90. und Genossin Birgit Trübe nachträglich zum 57. Geburtstag. Ebenfalls Glückwünsche erhalten nachträglich Genossin Hildegard Parchmann zum 93., Genosse Fred Lassig zum 71. und Genosse Günter Rzehak am 28.10 zum 69. Geburtstag.

Der Kreisvorstand schließt sich gerne den Glückwünschen an und wünscht Gesundheit und Wohlergehen.

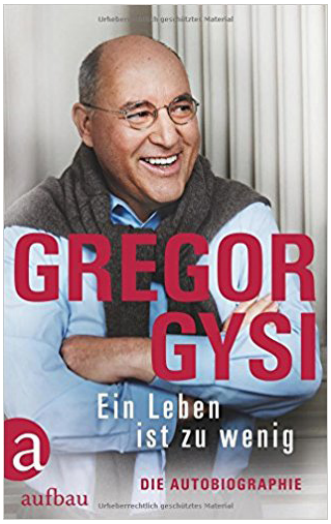
Neues von [‚solid] Schwerin

Am 1. Oktober traf sich die Linksjugend [‚solid] zur Klausurtagung im Bürgerbüro. Dabei haben wir Aktionen für das restliche Jahr 2017 sowie für das kommende Jahr 2018 geplant.
So steht für das nächste Jahr u.A. eine Fototour durch Schwerins „vergessene Stadtteile“, eine Frühstückaktion für Azubis im ersten Lehrjahr an der BSWV in Schwerin, eine Erstsemesterwoche für die Studierenden an den Fachhochschulen in Schwerin, eine „kleine“ Fahrradtour auf der Route des Todesmarsches, ein Jugendstammtisch und vieles mehr auf dem Plan.
Unsere Treffen 2017 finden am 29.10, 05.11, 26.11 und am 10.12 jeweils um 16:30 Uhr im Bürgerbüro in der Martinstr. 1/1a statt.

Marco Rauch
Sprecher der Linksjugend [‚solid] Schwerin

Buchtipp

So offen und persönlich wie noch nie: Die Autobiographie



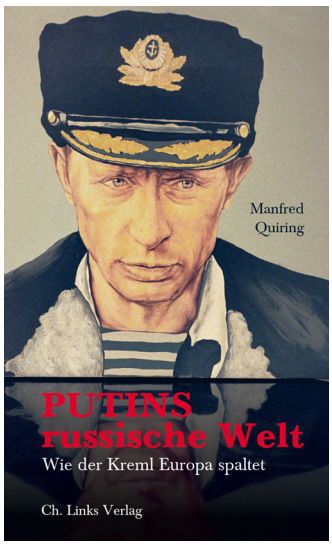
Gregor Gysi hat linkes Denken geprägt und wurde zu einem seiner wichtigsten Protagonisten. Hier erzählt er von seinen zahlreichen Leben: als Familienvater, Anwalt, Politiker, Autor und Moderator. Seine Autobiographie ist ein Geschichts-Buch, das die Erschütterungen und Extreme, die Entwürfe und Enttäuschungen des 20. Jahrhunderts auf sehr persönliche Weise erlebbar macht.

„Erstaunlich, was sich alles ereignen muss, damit irgendwann das eigene Leben entstehen kann.“ Gregor Gysi

Informationen der Osteuropa-Freundschaftsgesellschaft

Liebe Freundinnen und Freunde / Sympathisantinnen und Sympathisanten der Osteuropa-Freundschaftsgesellschaft,
ich möchte im Zusammenhang mit unserem „Vereinsgegenstand“ auf eine interessante Lesungen der 22. Literaturtage in Schwerin hinweisen:

Mittwoch, 18.10.2017
19.00 Uhr Aula der Volkshochschule



Russland-Kenner Manfred Quiring wirft mit seinem Buch „Putins russische Welt“ einen versierten Blick hinter die Kulissen des russischen Machtapparats.

Dr. Ludmila Lutz-Auras, Universität Rostock, moderiert die Lesung; der Eintritt ist frei.
Außerdem möchte ich im Zusammenhang mit dem 100. Jahrestag der Oktoberrevolution darauf aufmerksam machen, dass es nach der Aufführung von Eisensteins „Panzerkreuzer Potemkin“ unter musikalischer Begleitung des weltberühmten Pianisten Chris Jarrett im September 2017 weitere Filmveranstaltungen geben wird:

u.a. mit dem Mehrteiler „Der stille Don“ und mit dem sehenswerten Animations- und Doku-Film „1917 – Der wahre Oktober“ von Katrin Rothe.
Letzterer lief in diesem Jahr im Mai auf dem FILMKUNSTFEST MV. Dieser Film ist besonders für Menschen geeignet, die sich mit dem Thema noch wenig auskennen, Kunst mögen sowie für Jugendliche und/oder für alle diejenigen an Geschichte Interessierten, die einen anderen Blickwinkel auf die Ereignisse kennen lernen möchten.

Die Ereignisse zwischen der Zeit der Februar- bis zur Oktoberrevolution 1917 werden anhand von Originalzitaten von Maxim Gorki, Wladimir Majakowski, Kasimir Malewitsch, Sinaida Hippius und Alexander Benois - alles Künstler – in wunderbar beeindruckender Animationsform dargestellt, wobei Originalaufnahmen eingestreut werden.

Am Mittwoch, den 22.11.2017 wird es um 19.00 Uhr im Schleswig-Holstein-Haus eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Osteuropa-Freundschaftsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern e. V. zum Thema 100 Jahre russische Revolutionen geben. Der Berliner Historiker Prof. Schützler wird den Vortrag halten und sich den Fragen und Meinungen der Teilnehmer stellen. Moderation durch den Historiker Prof. Dr. Siegfried Kuntsche.

Kerstin Voigt
Osteuropa-Freundschaftsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern e.V.